

# **CORONA TREIBT DEN WANDEL DER WELTORDNUNG VORAN**

**«Sicherheit Schweiz 2020» - Der  
Nachrichtendienst des Bundes (NDB)  
stellt seinen Lagebericht vor**

**Zusammengestellt von Hptm aD Prof. Ing. Ernest F.ENZELSBERGER,  
MBA (WU Wien)**

**Präsident der Gesellschaft für Landesverteidigung und  
Sicherheitspolitik in Vorarlberg**

**Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) ist ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz mit einem gesetzlich klar definierten Auftrag. Seine Kernaufgaben sind die Prävention und die Lagebeurteilung zuhanden der politischen Entscheidungsträger.**

**In den kommenden Jahren sei alles möglich. Ein Ende der geopolitischen Unsicherheiten scheint nicht in Sicht zu sein. Diesen Eindruck hinterlässt der Lagebericht 2020 des NDB. So schreibt die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 28. Oktober 2020. Ein Fokus der Analyse liegt auf den Folgen der Corona-Pandemie. Die habe, schreibt der NDB, „weitere Hinweise“ auf das Ende einer**

**Weltordnung geliefert, die stark von den USA, ihrem Allianzsystem und maßgeblich amerikanisch geprägten Institutionen geprägt war.“**

**Im Klartext: Das Coronavirus beschleunigt wohl das Ende der US-Hegemonie zusätzlich und hat die neuen Verhältnisse offengelegt. Der Rückzug der Trump-Administration aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sabotiert den Grundgedanken der kollektiven Sicherheit und offenbart gleichzeitig Anzeichen einer Schwäche der westlichen Supermacht gegenüber dem neuen Rivalen China. Die Führung in Peking inszenierte dagegen demonstrativ die Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft.**

**Das Virus verschärft die Situation beispielsweise in Ländern, die schon durch Armut, große Bevölkerungszahlen oder von Kriegen gekennzeichnet sind. Noch bleibt es aber bei ersten Versuchen, Tiefe und Dauer der Folgen von Covid-19 abzuschätzen, zumal sich die Pandemie weiterentwickelt. Immerhin lassen sich aber erste Konsequenzen für die Sicherheit der Schweiz ableiten. Der NDB hat sich intensiv mit der Frage befasst, wie Covid-19 die Bedrohungslage beeinflusst und beeinflussen wird. Die Beschäftigung mit dieser Frage erklärt den späten Publikationstermin des jährlichen Lageberichts. Wie „Sicherheit Schweiz 2020“ zeigt, sieht der NDB Covid-19 nicht als „game changer“, aber als einen relevanten Treiber, der bereits laufende Tendenzen im internationalen System verstärkt und wahrscheinlich auch beschleunigt. Für die Schweiz heißt dies vor allem, dass der laufende Wandel des strategischen Umfelds anhalten und sich wohl beschleunigen wird. Ein Wandel übrigens, der länger dauern und so die Bildung einer neuen, stabileren „Weltordnung“ auf unbestimmte Zeit verzögern könnte.**

## **DER LAGEBERICHT (Zusammenfassung)**

**Die sicherheitspolitischen Organe stehen seit längerem vor komplexen Herausforderungen. Das zentrale Thema allgemein ist**

**derzeit fraglos die Covid-19-Pandemie. Die Frage nach deren sicherheitspolitischen Auswirkungen lässt sich noch nicht detailliert beantworten, aber die bisherigen Feststellungen des NDB lassen sich zur Aussage verallgemeinern, dass die Pandemie bereits laufende Tendenzen im internationalen System verstärkt und wahrscheinlich noch beschleunigt.**

**▪ Die Covid-19-Pandemie hat weitere Hinweise auf das Ende einer Weltordnung geliefert, die stark von den USA, ihrem Allianzsystem und maßgeblich amerikanisch beeinflussten Institutionen geprägt war. Das Ende des Kalten Kriegs bedeutete das Ende der Bipolarität im internationalen sicherheitspolitischen System. Die darauffolgende Phase der Unipolarität, gekennzeichnet durch klare amerikanische Dominanz, ist nun auch zu Ende. Der derzeit beobachtbare Wandel in der internationalen Sicherheitspolitik wird anhalten. Es ist fraglich, ob sich in absehbarer Zeit wieder eine stabile Ordnung herausbilden wird. Möglich wäre allenfalls eine neue bipolare Ordnung zwischen den USA und China, die aber derzeit noch nicht klar ersichtlich ist. Noch ungewisser ist eine Entwicklung hin zu einem multipolaren System.**

**▪ Die internationale Sicherheitspolitik ist heute vom Ringen verschiedener Akteure um Einflussphären geprägt. Die Rivalität zwischen den USA und China, Russlands Streben, seine Einflusszone in Europa zu festigen, aber auch diverse Konflikte und Krisen an den Grenzen zu Europa prägen das strategische Umfeld der Schweiz. Die USA werden zwar über 2020 hinaus die Weltmacht mit dem größten Einfluss bleiben. In der Logik des strategischen Schwenks nach Asien verlieren aber die transatlantischen Beziehungen und die amerikanische Präsenz im Nahen und Mittleren Osten künftig weiter an Bedeutung. Amerikas geopolitische Herausforderer versuchen, davon zu profitieren und in entstehenden Lücken ihre Macht zur Umsetzung eigener Interessen zu entfalten.**

**▪ Die USA sehen China zunehmend als Rivalen. China sieht sich selber als aufsteigende und den USA ebenbürtige Großmacht. Die Kluft zwischen dem vom Westen geprägten liberalen Modell und dem autoritären Staatskapitalismus wird weiterwachsen. Es mehren sich die Hinweise, dass das internationale System mehr und mehr vom strategischen Wettbewerb zwischen den USA und China geprägt werden könnte – bis hin zur Errichtung exklusiver**

**strategischer Einflusszonen. Dies hat vielerlei Auswirkungen zum Beispiel auf die Technologieentwicklung allgemein oder im Bereich der Proliferationsrisiken: Es könnten zwei Normenräume entstehen. Die Schweiz könnte künftig gezwungen sein, sich auf einen dieser Räume zu beschränken.**

**▪ Russland verfolgt weiterhin das Ziel, auf Augenhöhe mit den USA im Rahmen einer multipolaren Weltordnung zu agieren und darin eine eigene Einflussosphäre zu etablieren und zu festigen. Seine Politik zeitigt Erfolge, strebt aber nach mehr. Die Ukraine bleibt im Zentrum der russischen strategischen Interessen, ebenso wie Belarus nach den Protesten im Nachgang der Präsidentschaftswahl vom 9. August 2020. Dort warnt der Kreml die USA und die EU klar vor jeglicher Einmischung. Aber auch das Schwarze Meer und das Mittelmeer sind Schauplätze der strategischen Rivalität mit anderen Akteuren. Russland setzt auch militärische Mittel ein, um seine Ziele zu erreichen.**

**▪ Spionage ist ein Ausdruck der oben beschriebenen Spannungen. Staaten brauchen Spionage als ein Instrument, um in Machtkämpfen eine vorteilhafte oder gar dominante Stellung gegenüber politischen, militärischen oder wirtschaftlichen Rivalen zu erlangen oder zu festigen. Solche Spannungen widerspiegeln sich auch in Spionageaktivitäten fremder Staaten auf Schweizer Boden, was dem Bild der Schweiz als Gaststaat für die internationale Diplomatie schadet. Zudem werden Schweizer Interessen direkt bedroht, wenn ausländische Spionageakteure zum Beispiel den Schweizer Finanz- und Handelsplatz, innovative Unternehmen und politische Institutionen ins Visier nehmen, um Wettbewerbsvorteile und Einflussmöglichkeiten für sich zu gewinnen. Gewisse Staaten nutzen auch Spionage als Instrument gegen ihre Staatsangehörigen, um die eigene Macht zu konsolidieren, und können Oppositionelle im Ausland, auch in der Schweiz, überwachen und einschüchtern.**

**▪ Spionage, ja die internationalen Machtkämpfe insgesamt finden auch im Cyberraum statt. Dabei sind die kritischen Infrastrukturen der Schweiz bisher nie direkt Opfer von Sabotageaktionen mit staatlichem Hintergrund geworden. Aber es ist festzustellen, dass bei solchen Angriffen auch Geschäftspartner und Zulieferer ins Visier geraten und deren Schädigung zumindest in Kauf genommen**

wird, Schweizer Interessen also Opfer der Konfliktaustragung im Cyberraum werden können.

- Trotz Wirtschaftseinbruch übt Iran weiterhin Einfluss im Nahen und Mittleren Osten aus, sieht sich aber auch mit Protesten konfrontiert. Iran wird weiterhin versuchen, dem Sanktionsdruck namentlich der USA mit Gegendruck zu begegnen. Neben einem weiteren graduellen Ausbau seiner nuklearen Aktivitäten ist dabei an begrenzte militärische Operationen zu denken, wobei mit einem anhaltenden Risiko von militärischen Reaktionen der USA oder ihrer Partner zu rechnen ist. Beide Seiten dürften jedoch weiterhin bemüht bleiben, eine massiv eskalierende militärische Konfrontation zu vermeiden.
- Trotz innenpolitischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten wird die Türkei unter Präsident Erdogan ihr Regionalmachtstreben nicht aufgeben. Vor dem Hintergrund ihrer Bedrohungswahrnehmung zwingt die Etablierung einer Sicherheitszone in Nordsyrien die Türkei zu einer stärkeren Bindung an Russland und erhöht damit die Reibungsfläche mit ihren traditionellen Partnern. Dazu trägt auch die türkische Interessenverfolgung im Mittelmeerraum bei. Trotzdem wird die Türkei ihre Beziehungen zu ihren Nato-Partnern und zur EU nicht grundsätzlich aufgeben.
- Zu den Profiteuren der machtpolitischen Auseinandersetzungen könnte der dschihadistische Terrorismus zählen. Weiterhin ist hier der „Islamische Staat“ tonangebend. Die Terrorbedrohung in der Schweiz bleibt erhöht. Weitere Anschläge in Europa sind wahrscheinlich – in erster Linie solche, die vom „Islamischen Staat“ inspiriert werden. Die Schweiz gehört zwar zu den in den Augen der Dschihadisten legitimen Anschlagzielen, steht dabei aber nicht im Vordergrund.
- Das Gewaltpotenzial sowohl der linksextremen wie rechtsextremen Szene bleibt bestehen. In der linksextremen Szene bleiben intensivere Formen der Gewaltausübung wie Brandstiftung vor allem auf Objekte beschränkt, die im Zusammenhang mit der vermeintlichen Repression gesehen werden. Bei Demonstrationen ist eine breitere Beteiligung an Gewalttaten und hohe oder gar zunehmende Aggressivität erkennbar. Insbesondere die linksextreme Szene versucht, die Führung in neu entstehenden breiteren Bewegungen wie jüngst bei den Black-Lives-Matter-Demonstrationen an sich zu ziehen und diese für eigene Zwecke zu

**instrumentalisieren. Sie scheitert dabei an der Gegenwehr der Protagonisten solcher Bewegungen, denen es um ihre Sache und nicht um Kommunismus oder Anarchismus geht. Mitglieder der rechtsextremen Szene setzen Gewalt derzeit zurückhaltend ein. Wichtig im Zusammenhang mit der Einschätzung des rechtsextremen Gewaltpotenzials bleibt aber der Hinweis auf das Training von Kampfsportarten und auf die Verfügbarkeit funktionstüchtiger Waffen. Das größte Risiko für einen rechtsextrem motivierten Anschlag in der Schweiz geht von allein handelnden Personen mit rechtsextremer Gesinnung, aber ohne feste Zugehörigkeit zu etablierten gewaltextremistischen Gruppierungen aus.**

**SICHERHEIT SCHWEIZ, Nachrichtendienst des Bundes NDB, Papiermühlestrasse 20  
CH-3003 Bern; [www.ndb.admin.ch](http://www.ndb.admin.ch) / [info@ndb.admin.ch](mailto:info@ndb.admin.ch)**